

Wie Putin Klimaschützer gegen den Westen einspannte

Stand: 13:17 Uhr | Lesedauer: 7 Minuten



Von **Axel Bojanowski**
Chefreporter Wissenschaft



Quelle: Fotos: picture alliance/dpa/Sebastian Gollnow, picture alliance/dpa/Pool Sputnik; Montage: Infografik WELT

Der Krieg in der Ukraine hat mit erschreckender Klarheit offengelegt, wie abhängig Europa von russischem Öl und Gas ist. Versuche, selbst Erdgas zu fördern, scheiterten oft an Protesten von Klimaschützern. Hinweise legen nahe, dass Moskau dabei seine Finger im Spiel gehabt haben könnte.

Die Interessen westlicher Klimaschützer und des russischen Diktators Wladimir Putin treffen sich, wenn auch aus ganz unterschiedlichen Gründen: Die Förderung fossiler Energien in westlichen Staaten auszubremsen, ist ihr gemeinsames Ziel. Für die Aktivisten ist das eine Etappe auf dem Weg zur CO₂-freien Industriegesellschaft, für Putin, dessen Land enorm vom internationalen Öl- und Gasgeschäft profitiert, ein wichtiger Trumpf.

Seit Jahren gibt es Hinweise, dass Moskau Aktivisten in den USA und Europa in ihrem Kampf gegen fossile Energien unterstützt, um russisches Gas und Öl besser verkaufen zu können. Mitte der 2000er-Jahre hatte sich der Kreml entschieden, ein „Werte-Vakuum“ zu füllen, wie er es nannte: Mittels sogenannter „Soft Power“ sollten verstärkt eigene Sichtweisen und Interessen in anderen Ländern platziert werden. Um seine Agenda durchzusetzen, soll Russland diversen Quellen zufolge auch Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Europa und den USA finanziert haben.

Viele NGOs genießen im Westen Sonderrechte: Die EU und die Vereinten Nationen räumen Umweltverbänden etwa weitreichende Klagebefugnisse und Informationsrechte ein. Deutschland gewährt

vielen Organisationen den steuerbegünstigten Status der „Gemeinnützigkeit“. Woher die NGOs ihr Geld erhalten, müssen sie in der Regel nicht offenlegen.

Wissenschaftler, die 2016 im Auftrag des Europäischen Parlaments die Finanzierung von NGOs untersucht hatten ([https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2016/572704/IPOL_STU\(2016\)572704_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2016/572704/IPOL_STU(2016)572704_EN.pdf)), mussten ihr Scheitern eingestehen: „Die Analyse enthüllt ein komplexes Netz miteinander verflochtener NGOs, verbunden durch die Mitgliedschaft zahlreicher sich überlappender Netzwerke, die viele verschiedene Zwecke verfolgen“, lautete ihr Fazit. „Es ist oft schwierig zu identifizieren, welche Organisation in einem Netzwerk welche Aktivitäten entfaltet oder wie die Zuschüsse im Verhältnis zu diesen Aktivitäten zwischen ihnen fließen.“

Es bestehe eine „offensichtliche Lücke zwischen dem deklarierten Bekenntnis der NGOs zur Rechenschaftspflicht und Transparenz und der tatsächlichen Praxis“, resümierten die Forscher. Eintragungen ins Transparenzregister der EU würden meist vermieden. So bleibt häufig unklar, welche Interessen die Geldgeber der Verbände wirklich hegen.

Wer Einblick in die Förderung von NGOs verlangt, ist daher auf Kronzeugen angewiesen. 82 Millionen Euro habe die russische Regierung an europäische Klimaschutzverbände überwiesen, deren Ziel es ist, Erdgasförderung in Europa zu verhindern, sagte ein Informant Wissenschaftlern des Martens Centre for European Studies (https://www.martenscentre.eu/wp-content/uploads/2020/06/russia-gongos_0.pdf).

Der frühere Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen berichtete schon 2014 (<https://www.telegraph.co.uk/news/earth/energy/fracking/10911942/Russia-in-secret-plot-against-fracking-Nato-chief-says.html>), Russland habe Umweltorganisationen unterstützt, „um europäische Abhängigkeit von russischem Gas zu erhalten“. „Was rauchen die im Nato-Hauptquartier, dass sie solche Anschuldigungen verbreiten?“, konterte Greenpeace (<https://www.theguardian.com/environment/2014/jun/19/russia-secretly-working-with-environmentalists-to-oppose-fracking>) die Vorwürfe. Ob sie zutreffen oder nicht, lässt sich aufgrund der beschriebenen Intransparenz der Geldströme nicht abschließend unabhängig bewerten.

Die Nato zumindest blieb bei ihrer Darstellung. „Wir teilen die Besorgnis einiger Verbündeter, dass Russland versuchen könnte, mögliche Projekte zur Schiefergasexploration in Europa zu behindern, um Europas Abhängigkeit von russischem Gas aufrechtzuerhalten“, sagte ein Nato-Vertreter der Fachzeitschrift „Foreign Policy“ (<https://foreignpolicy.com/2014/06/20/russias-quiet-war-against-european-fracking/>). Experten rätselten, warum „plötzlich“ gut organisierte Umweltgruppen gegen Fracking in Osteuropa auftauchten, wo Russland seine Energie verkaufte, zuvor aber keine Sorgen wegen der Erdgasförderung publik geworden waren, schrieb das Magazin.

Fracking als „große Bedrohung der russischen Interessen“

Fracking, bei dem für die Gasgewinnung Gestein im Boden mit einer Flüssigkeit zerbrochen wird, hat einen schlechten Ruf, obwohl es seit Jahrzehnten erprobt ist und inzwischen kaum noch Probleme auftreten. Auch die ehemalige Außenministerin der USA, Hillary Clinton, hatte für Fracking geworben, berichtete aber von ungewöhnlichem Widerstand. Bei einer privaten Rede im Jahr 2016, die Wikileaks öffentlich machte (<https://twitter.com/wikileaks/status/784881899688828928>), klagte sie: „Wir hatten es mit falschen Umweltgruppen zu tun, und ich bin ein großer Umweltschützer, aber diese wurden von den Russen finanziert“.

Die amerikanische Sicherheitsexpertin Fiona Hill, frühere Direktorin für Europa und Russland im Nationalen Sicherheitsrat der Trump-Regierung, berichtete von einem Gespräch mit Putin (<https://twitter.com/JackPosobiec/status/1498533088560824320?s=20&t=uJe0gukd7Es83NSt2oVotg>) im November 2011, in dem dieser gegenüber Experten und Journalisten klargemacht habe, dass er Fracking in den USA als „große Bedrohung der russischen Interessen“ werte. „Wir waren beeindruckt, wie sehr er das Thema betonte“, erzählte Hill.

Amerikanische Medien (<https://www.washingtontimes.com/news/2017/jul/12/bermuda-firm-denies-funneling-russian-cash-to-anti/>) berichteten von Dokumenten, die angeblich zeigen sollten, dass Energiemanager russischer Unternehmen hohe Millionenbeträge an amerikanische Umweltorganisationen überwiesen hätten – was diese allerdings zurückwiesen. Auch Vertreter amerikanischer Energiefirmen warfen dem Kreml verdeckte Finanzierung der Klimaschützer vor. „Russland finanziert die Anti-Fracking-Bewegung in den USA“, behauptete etwa der Chef von Continental Resources (<https://www.forbes.com/sites/jeffmcmahon/2015/03/12/russians-financed-the-u-s-anti-fracking-movement-oil-tycoon/?sh=1408767f285e>).

Klima- und Umweltschutzverbände verbreiteten irreführende Filme von Orten, an denen gefracht wird: Trinkwasser aus dem Wasserhahn brannte, giftige Gase und Chemikalien drangen aus der Erde, ganze Landstriche waren verseucht. Massenmedien griffen die Szenarien auf, besonders aggressiv der russische Sender „Russia Today“.

Gazprom freute sich über den deutschen Atomausstieg

Er bezeichnete frackende Firmen als Kinderschänder, behauptete fälschlicherweise (<https://www.thetimes.co.uk/article/moscow-tv-channel-faces-ofcom-inquiry-lg5r8nhfw>), die Erdgasförderung würde Krebs bei Kindern auslösen. Ein Bericht der Nationalen Sicherheitsbehörde der USA (https://books.google.de/books?id=vq_oDwAAQBAJ&printsec=frontcover#v=onepage&q&f=false) sah Putins Leute hinter den Berichten, die „wahrscheinlich die Sorge der russischen Regierung spiegelten über die Erdgas-Produktion der USA und die potentiellen Herausforderungen für Gazproms Profitabilität“. „Wir haben Gazprom-Finanzierung bei Umwelt-NGOs festgestellt“, bestätigt (<https://twitter.com/JL7508/status/1497653212526096393?s=20&t=m2wZSmid8fPhQEbkpuQ8MQ>) auch Dominique Reynié von der Fondation pour L'innovation politique, einem französischen Forschungsinstitut.

Gazprom hatte nach dem Beschluss des deutschen Atomausstiegs jubilant

(<https://web.archive.org/web/20110808030013/https://www.gazprom.com/press/news/2011/july/article115392/>), „neue, moderne Gaskraftwerke zu bauen in Deutschland“. Der Ausbau des Frackings in den USA aber besorgte die russische Konkurrenz: Den Amerikanern war mit der Intensivierung der Erdgasförderung per Fracking im eigenen Land eine entscheidende Wende gelungen – mit positiven Folgen fürs Klima. Wie kaum ein anderes Land konnten die USA in den vergangenen 15 Jahren ihren CO₂-Ausstoß mindern, weil sie Kohle durch gefracktes Erdgas ersetzen, das viel weniger CO₂ freisetzt.

Auch Europa hat immense Schiefergasressourcen. Die EU-Kommission stellt fest

(https://energy.ec.europa.eu/topics/oil-gas-and-coal/shale-gas-and-other-unconventional-hydrocarbons_en#future-potential), dass in Schiefergestein enthaltenes Gas mittels Frackig „zur Versorgungssicherheit der EU und ihrer Wettbewerbsfähigkeit beitragen kann“. In den 2000er-Jahren standen die großen Energiefirmen in Europa bereit, das heimische Erdgas zu erschließen.

Doch die Ressourcen blieben im Boden, der Druck von Klimaaktivisten auf Firmen und Regierungen habe zur Abkehr der Investoren geführt, stellte die Investmentbank Goldman Sachs fest

(<https://www.economist.com/finance-and-economics/2020/06/13/investment-in-oil-supply-has-collapsed-it-may-not-roar-back>). Zum gleichen Schluss kamen auch die „Financial Times“

(<https://www.ft.com/content/a15e7ade-dad0-4ed3-a172-1974ac9d5b23>) und kürzlich erst die „New York Times“ (<https://www.nytimes.com/2022/02/25/business/ukraine-russia-us-oil-gas.html>).

Die Exploration neuer Gasfelder in Europa brach ein (<https://atradius.de/publikation/natural-gas-prices-fall-across-the-world.html>), auch in Großbritannien (<https://www.ft.com/content/7f0b98bb-bb76-34cc-a519-069539326a15>), das über besonders reichhaltige Schiefergasressourcen verfügt. Nicht nur NGOs, auch

Wissenschaftsinstitute bejubelten den Trend. So forderte etwa das Grantham Research Institute on Climate Change der London School of Economics kürzlich erneut

(<https://www.lse.ac.uk/granthaminstitute/news/an-end-to-uk-oil-and-gas-exploration/>) das Ende sämtlicher heimischer Öl- und Gasexplorationen.

Der Markt wäre mittlerweile „fixiert auf den Klimawandel und den schwindenden Appetit auf fossile

Energien“, schrieb die Finanznachrichtenagentur Bloomberg (<https://www.bloombergquint.com/markets/wall-street-hails-a-new-era-of-oil-prices-higher-for-longer>). Aktienkurse von Firmen, die erklärten, ihre

Förderung von Gas und Öl ausweiten zu wollen, gerieten unter Druck

(<https://www.worldoil.com/news/2021/10/22/wall-street-projects-a-higher-for-longer-era-for-oil-prices>);

offenbar fürchteten Anleger Imageschäden. In den Niederlanden forderte ein Gericht vom Energiekonzern Shell ([/politik/ausland/article231383993/Gericht-in-Den-Haag-ordnet-fuer-Shell-schaerfere-CO2-Ziele-an.html](https://politik/ausland/article231383993/Gericht-in-Den-Haag-ordnet-fuer-Shell-schaerfere-CO2-Ziele-an.html)), seine CO₂-Emissionen zu mindern, was das Explorationsstreben weiter bremste.

Der große Widerstand gegen die Erdgasförderung in Europa machte Gas aus Russland attraktiv. Europa drosselte seine Förderung konventionellen Erdgases radikal: Vor 15 Jahren hatte es mehr Gas produziert als Russland exportierte, mittlerweile exportiert Russland dreimal mehr Erdgas als Europa produziert. Allein von

2015 bis 2019 konnte Russland seine Erdgasimporte nach Europa um ein Drittel steigern, mittlerweile deckt der Kontinent rund 40 Prozent seines Bedarfs mit russischem Erdgas.

Deutschland setzte in den vergangenen Jahren besonders konsequent auf russische Energie. Es stieg aus der Kernkraft aus, ließ jedoch keine Abfertigungsstellen für Gaslieferungen per Schiff aus den USA zu, sondern plante dutzende neue Gaskraftwerke. Der vorgesehene Hauptlieferant: Russland.

Als der ehemalige US-Präsident Donald Trump 2018 erklärte, Deutschland hätte sich bei der Energieversorgung von Russland abhängig gemacht, lachten ihn deutsche Diplomaten aus. Spätestens die russische Invasion in der Ukraine legte Deutschlands Abhängigkeit nun jedoch schonungslos offen. Kanzler Olaf Scholz (SPD) erklärte, Deutschland sei auf russisches Gas angewiesen. Käme kein Gas mehr aus Russland, drohten „gesamtgesellschaftliche Schäden größtmöglichen Ausmaßes“, so Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne).

Auch in den USA ist die neue Regierung von Präsident Joe Biden inzwischen umgeschwenkt. An seinem ersten Amtstag hatte Biden nach Protesten von Aktivisten noch die Pipeline „Keystone XL“ gestoppt, die Öl aus Kanada 3500 Kilometer weit in die USA transportieren sollte. Nach dem Einfuhrstopp für russisches Öl muss der Präsident sich nun den Vorwurf (<https://www.forbes.com/sites/davidblackmon/2022/03/10/why-bidens-killing-of-keystone-xl-was-a-big-energy-blunder/?sh=30161ea913fd>) gefallen lassen, die Versorgungssicherheit der USA gefährdet zu haben.

Das Ergebnis des Kampfes gegen die Erdgasförderung in Europa und den USA ist ernüchternd, dem Klimaschutz hat er nicht gedient. Erdgas wird trotzdem verbrannt, es kommt nur aus Russland. Zugunsten des Erdgases wurden Kernkraftwerke abgeschaltet. Der Krieg in der Ukraine verteuert Erdgas obendrein, sodass die Nachfrage nach Kohle steigt, dass die CO₂-Emissionen stärker steigen lässt. In Deutschland erwägt der grüne Wirtschaftsminister, Kohlekraftwerke länger laufen zu lassen aus Mangel an Alternativen zum russischen Gas.

Der britische Premierminister Boris Johnson wiederum prüft jetzt doch den Einstieg ins Fracking in seinem Land. Russland sei keine verlässliche Quelle mehr, es gelte die Energieversorgung sicherzustellen. Die Klimaschützer von Extinction Rebellion haben angekündigt, demnächst Ölraffinerien in Großbritannien besetzen zu wollen. „Fossile Energien müssen ein für alle Mal gestoppt werden“, erklärten die Aktivisten (<https://express.co.uk/trem.media/news/uk/1578148/Extinction-Rebellion-news-oil-refineries-russia-import-ban-ukraine>). „Jetzt ist die Zeit, dies ist der Moment“.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/237519431>